

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Gemeinderats der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 16. November 2017

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Oberbürgermeister Jörg Lutz als Vorsitzender Bürgermeister Dr. Michael Wilke
Stadträtinnen und Stadträte:	Bachmann-Ade, Bernnat (ab 18.30 Uhr), Claassen, Cyperrek, Denzer, Escher, Glattacker, Herzog, Heuer (bis 18.30 Uhr), Höfler, Kiefer, Koesler (ab 17.35 Uhr), Krämer, Kurfeß, Lindemer, Martin, Oehler, Pichlhöfer, Roßkopf, Rufer, Salach, Salinas de Huber, Schlecht, Simon, Sommer (ab 17.40 Uhr), Dr. Vogelpohl (ab 18.20 Uhr), Werntaler, Wiesiollek (ab 18.05 Uhr)
Entschuldigt:	Berg, Lusche, Schumacher, Vogel
Ferner:	Fachbereichsleiterin Baldus-Spinger Fachbereichsleiterin Buchauer Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdic Fachbereichsleiterin Staub-Abt (bis 20.00 Uhr) Fachbereichsleiter Bühler Fachbereichsleiter Dullisch Fachbereichsleiter Heuckeroth Fachbereichsleiter Kleinmagd Fachbereichsleiter Welz Betriebsleiter Droll (bis 20.35 Uhr) Betriebsleiter Langela (bis 20.50 Uhr) Betriebsleiter Schäfer (bis 20.45 Uhr) Personalratsvorsitzende Sambale-Lebus (bis 21.25 Uhr) Frau Martin, WFL (18.40 Uhr bis 20.10 Uhr) Stellv. Fachbereichsleiterin Raupp (bis 19.50 Uhr) Stellv. Fachbereichsleiter Haasis (19.00 bis 20.10 Uhr) Stellv. Fachbereichsleiter Hain Herr Lüers, EB Stadtwerke (19.45 bis 20.35 Uhr)
Urkundspersonen:	Stadträtin Bachmann-Ade und Stadtrat Denzer
Schriftführung:	Frau Heinze und Herr Ockenfuß
Beginn:	17.30 Uhr
Ende:	20.50 Uhr

TOP 1

Einbringung des Haushalts 2018

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gemeinderats, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Vertreter der Presse. Die Einnahmen der Stadt befänden sich auf einem hohen Niveau, jedoch seien auch die Ausgaben der Stadt massiv gestiegen. Die Stadt müsse viele Aufgaben wahrnehmen. Gerade die Themen Kindertagesstätten, Schulen, Wohnen, Flüchtlinge, Klimaschutz und ÖPNV müssten intensiv bearbeitet werden. Auch die Schuldentilgung sei ein wichtiger Posten. Wie bei den Sondierungsverhandlungen hinsichtlich einer möglichen Jamaica-Koalition angekommen, sei die Lage der Kommunen gar nicht so gut. Auch personell komme man in Lörrach an die Grenzen der Belastbarkeit. Den geforderten Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich halte er für kaum realistisch. Die Stadt Lörrach werde eine Rekordsumme für Investitionen aufwenden. Man investiere in Schulen, Sporthallen, in das Zentralklinikum und in die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen. Man investiere sinnvoll. Auch die Personalkosten seien gestiegen. Die Haushaltslage sei nicht so eng und angestrengt wie im vergangenen Jahr, aber auch nicht entspannt.

Fachbereichsleiter Kleinmagd ergänzt, dass der Ergebnis-Haushalt ein Rekordvolumen von 123 Millionen Euro habe. Auch die Summe der Investitionen stelle mit 27 Millionen einen Rekord dar. Der Überschuss im Ergebnis-Haushalt betrage 1,14 Millionen Euro. Im Jahr 2019 werde der Haushaltsausgleich schwierig, da dann unter anderem die FAG-Umlage steigen werde. Die Stadt werde auch künftig noch große Investitionen leisten müssen. Für die Sanierung des Rathauses seien für das Jahr 2018 bereits eine Million Euro im Haushalt eingestellt. Die Aufgaben werden der Stadt nicht ausgehen. Auch der Ausbau der Albert-Schweitzer-Gemeinschaftsschule sowie der Fridolinschule müsse angegangen werden.

Der Vorsitzende wünscht den Ratsmitgliedern eine gute Lektüre.

TOP 2

Jahresabschlüsse 2016 - Stadt und Ortsstiftungen

- **Schlussbericht über die Prüfung der Jahresabschlüsse**
Vorlage: 151/2017
- **Feststellung der Jahresabschlüsse 2016**
Vorlage: 203/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat jeweils einstimmig den folgenden Beschluss:

zu Vorlage 151/2017:

Der Schlussbericht über die Prüfung der Jahresabschlüsse 2016 der Stadt Lörrach und der Ortsstiftungen wird zur Kenntnis genommen.

zu Vorlage 203/2017:

Die Jahresabschlüsse der Stadt Lörrach und der Ortsstiftungen werden gemäß § 95 b GemO wie in der Vorlage aufgeführt festgestellt.

TOP 3

Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung - Jahresabschluss 2016

- **Bericht über die Prüfung Jahresabschluss 2016**
Vorlage: 153/2017
- **Feststellung des Jahresabschlusses 2016**
Vorlage: 202/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat jeweils einstimmig den folgenden Beschluss:

zu Vorlage 153/2017:

Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2016 wird zur Kenntnis genommen.

zu Vorlage 202/2017:

1. Der Jahresabschluss 2016 des Eigenbetriebes Abwasserbeseitigung Lörrach wird gemäß §§ 9 Abs. 1 und 16 Abs. 3 EigBG wie in der Vorlage ausgeführt festgestellt.
2. Der erforderlichen Bildung einer Schmutzwassergebührenausgleichsrückstellung i.H.v. 265.762,21 € wird zugestimmt.
3. Der erforderlichen Bildung einer Regenwassergebührenausgleichsrückstellung i.H.v. 21.495,44 € wird zugestimmt.
4. Der Gewinn des Eigenbetriebes Abwasserbeseitigung in Höhe von 220.000,00 € wird, wie bereits in der Gebührenkalkulation für das Jahr 2016 vorgesehen, zum Ausgleich von Unterdeckungen bei der Niederschlagswassergebühr verwendet und auf neue Rechnung vorgetragen.
5. Der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Abwasserbeseitigung wird Entlastung erteilt.

TOP 4

Eigenbetrieb Stadtwerke - Jahresabschluss 2016

- **Bericht über die Prüfung Jahresabschluss 2016**
Vorlage: 152/2017
- **Feststellung des Jahresabschlusses 2016**
Vorlage: 132/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat jeweils einstimmig den folgenden Beschluss:

zu Vorlage 152/2017:

Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2016 wird zur Kenntnis genommen.

zu Vorlage 132/2017:

1. Der Jahresabschluss 2016 des Eigenbetriebes Stadtwerke wird gem. §§ 9 Abs. 1 und 16 Abs. 3 EigBG wie in der Vorlage ausgeführt festgestellt.
2. Der Gewinn des Eigenbetriebes Stadtwerke in Höhe von 196.900,25 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Stadtwerke wird Entlastung erteilt.
4. Mit der Durchführung der Jahresabschlussprüfung bei den Stadtwerken Lörrach für das Jahr 2018 wird die LOEBA Treuhand GmbH zum Preis von 15.020,00 € netto beauftragt.

TOP 5

Eigenbetrieb Stadtgrün und Friedhöfe - Jahresabschluss 2016

- **Bericht über die Prüfung Jahresabschluss 2016**
Vorlage: 155/2017
- **Feststellung des Jahresabschlusses 2016**
Vorlage: 126/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat jeweils einstimmig den folgenden Beschluss:

zu Vorlage 155/2017:

Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2016 wird zur Kenntnis genommen.

zu Vorlage 126/2017:

1. Der Jahresabschluss 2016 des Eigenbetriebs Stadtgrün und Friedhöfe Lörrach wird gemäß §§ 9 Abs. 1 und 16 Abs. 3 EigBG wie in der Vorlage ausgeführt festgestellt.
2. Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.
3. Der Verlust des Eigenbetriebs Stadtgrün und Friedhöfe von insgesamt 836.181,25 Euro wird i. H. des Gewinns des Betriebszweiges Stadtgrün von 7.929,07 Euro an den städtischen Haushalt abgeführt. Der Verlust des Betriebszweiges Friedhöfe von 932.055,71 Euro wird i. H. von 429.356,24 Euro durch die Stadt ausgeglichen und im Rahmen des auf die Rechnungsabgrenzung entfallenden Verlustes von 502.699,47 Euro ins neue Jahr vorgetragen. Der Gewinn des Betriebszweiges Krematorium i. H. von 87.945,39 Euro wird auf neue Rechnung vorgetragen.

TOP 6

Eigenbetrieb Werkhof - Jahresabschluss 2016

- **Bericht über die Prüfung Jahresabschluss 2016**
Vorlage: 154/2017
- **Feststellung des Jahresabschlusses 2016**
Vorlage: 125/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat jeweils einstimmig den folgenden Beschluss:

zu Vorlage 154/2017:

Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2016 wird zur Kenntnis genommen.

zu Vorlage 125/2017:

1. Der Jahresabschluss 2016 des Eigenbetriebs Werkhof Lörrach wird gemäß §§ 9 Abs. 1 und 16 Abs. 3 EigBG wie in der Vorlage ausgeführt festgestellt.
2. Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.
3. Der Gewinn des Eigenbetriebs Werkhof in Höhe von 193.024,32 Euro wird an den städtischen Haushalt abgeführt.

TOP 7

Beteiligungsbericht 2016

Vorlage: 159/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt vom Beteiligungsbericht 2016 Kenntnis.

TOP 8

Standortanalyse und -suche für einen potenziellen Neubau des Werkhofs Lörrach

Vorlage: 102/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Stadtrat Escher signalisiert, dass die Fraktion der CDU der Vorlage nicht zustimmen wolle. Man dürfe keine Lärmquelle mitten in ein Wohngebiet bauen. Es gebe durch den Eigenbetriebszweig Stadtgrün im näheren Umfeld schon genug Lärmbelästigungen. Der neue Werkhof müsse in einer Randlage errichtet werden. Die Verwaltung müsse noch intensiver nach einem neuen Standort suchen. Hierbei dürfe es keine Nachteile für die Wohnbevölkerung geben.

Stadtrat Schlecht gibt an, dass der bisherige Werkhof in einem schlechten Zustand sei und am bisherigen Standort auch keine Zukunft habe. Er bemängelt, dass die Fraktionen in der Arbeitsgruppe zur Standortsuche nicht eingebunden wurden. Er wolle in dieser Sitzung keinen Grundsatzbeschluss für den Standort Lerchengrund fassen und über die Beschlussziffer 2 gesondert abstimmen. Er sehe Probleme und Lärmbelästigungen im Lerchengrund erwachsen. Er sehe alternative Standorte bei der Kreuzung Hasenloch/Recyclinghof. Man müsse nun jedoch bis zum Frühjahr 2018 eine Denkpause einlegen. Man sei zum momentanen Zeitpunkt noch nicht reif für einen Grundsatzbeschluss.

Stadträtin Salach sehe ebenfalls Lärmprobleme im Lerchengrund aufkeimen. Sie frage sich, ob die Verwaltung nicht noch zu weiteren Ergebnissen gekommen sei. Dennoch müsse die momentane Situation des Werkhofs dringend verbessert werden. Die Fraktion der Grünen werde in der Sache unterschiedlich abstimmen.

Stadtrat Claassen wolle der Vorlage nicht zustimmen.

Stadtrat Koesler schließt sich dem an. Auch er wolle nicht zustimmen. Die Planung sei auch aus wirtschaftlichen Gründen sinnlos. Eine Sanierung des momentanen Standortes sei nicht eingehend genug geprüft worden.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, das der Werkhof nach einer Sanierung des momentanen Standortes immer noch nicht leistungsfähig genug arbeiten könne. Man müsse sodann einen anderen Standort finden. Er frage sich, wo der Werkhofstandort gefunden werden könne. Die Fläche beim Kreisverkehr in Brombach sei nicht geeignet, weil dort Bund und Land ihrer Flächen enteignet werden müssten.

Stadtrat Pichlhöfer gibt an, dass er der Verwaltung bereits entsprechende Vorschläge für einen neuen Standort unterbreitet habe. Er halte unter anderem das Gewann Hummel für gut geeignet.

Stadtrat Schlecht wiederholt, dass er dem Standort Lerchengrund nicht zustimmen wolle.

Im Folgenden äußert sich der Bürger Herr Oberschelp.

Der Vorsitzende zieht sodann die Vorlage zurück und bittet die Ratsmitglieder um Nennung von aktuell verfügbaren und realistischen Standortmöglichkeiten. Das Thema müsse nochmals aufbereitet werden. Auch könnten Lärmschutzmaßnahmen getroffen werden. Die Verwaltung wolle die Vorlage nochmals überarbeiten. Der Werkhof müsse aber auf jeden Fall zentral in der Stadt untergebracht werden, da dieser sonst nicht effektiv arbeiten könne. Der Standort Teichstraße müsse auf jeden Fall aufgegeben werden. Die Verwaltung wolle im Frühjahr nochmals zu der Thematik berichten.

Stadtrat Escher betont, dass er den Handlungsbedarf bei der Verwaltung sehe und nicht beim Gemeinderat.

TOP 9

Vergabekriterien zum Verkauf der Baugrundstücke im Baugebiet "Belist", Lörrach-Haagen

Vorlage: 106/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein und verweist auf das Spannungsfeld zwischen der Einnahmenseite des städtischen Haushaltes und der Schaffung bezahlbaren Wohnraums.

Stadtrat Heuer verweist auf die ausführliche Vorberatung im Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales sowie im Hauptausschuss. Die Vorlage habe Sinn und Zweck. Die Fraktion der CDU wolle der Vorlage zustimmen. Mit der Vorlage sei das soziale Maß gefunden worden.

Stadtrat Schlecht gibt an, dass die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum oberste Priorität haben müsse. Gerade im Neubaugebiet Belist müsse die Devise „Konzept statt Kasse“ gelten. Die städtische Wohnbaugesellschaft erhalte Flächen zu vergünstigten Preisen und müsse daher auch dafür sorgen, dass die Preise günstig bleiben. In anderen Kommunen funktioniere das auch. Es brauche die von der SPD-Fraktion geforderte Sozialklausel im Wohnungsbau. Die Umsetzung der Klausel sei zwar nicht einfach aber auch nicht unmög-

lich. Die Fraktion der SPD wolle der Verwaltungsvorlage zumindest teilweise widersprechen. Auch der Verkauf von Einfamilienhäusern könne anhand sozialer Kriterien erfolgen. In Weil am Rhein seien Vergabekriterien geschaffen worden, die sich an einem Punktesystem orientierten. Er frage sich, warum ein solches System nicht im gesamten Oberzentrum Lörrach-Weil zum Tragen kommen könne. Für die Fraktion der SPD müssten folgende vier Punkte berücksichtigt werden: In jedem Baugebiet gebe es andere Strukturen, daher dürfen die für das Baugebiet Belist festgelegten Vergabekriterien nicht einfach auf andere Baugebiete übertragen werden. Außerdem dürfen nur die gesetzlichen Energiestandards gelten. Von den hohen städtischen Energiestandards ist abzusehen. Es müssen soziale Standards gelten. Diese könnten sich am Beispiel Weil am Rhein orientieren. Die Aussage „Die bisherigen Vergabekriterien gelten weiter“ ist in der Vorlage zu streichen. Es dürfe keine Vergabe wie auf dem Basar geben, wo nach dem Höchstgebot vergeben werde.

Stadträtin Salach verliest eine Stellungnahme von Stadträtin Wiesiollek für die Fraktion der Grünen (Anlage 1).

Stadtrat Claassen wolle wissen, wer sozialen Wohnungsbau umsetzen könne. Theorie und Praxis würden oftmals auseinanderklaffen. Er wolle der Vorlage in dieser Form zustimmen. Hinsichtlich der Vergabekriterien habe er dennoch Bedenken, da diese Investoren abschrecken könnten. So bekomme man auch keinen sozialen Wohnungsbau. Die Investoren könnten insbesondere von den hohen Baukosten abgeschreckt werden. Von den hohen städtischen Energiestandards müsse man abweichen und es bei den gesetzlichen Standards belassen. Ansonsten werde der soziale Wohnungsbau nur schwer umsetzbar sein. In jeder Stadt würden andere Rahmenbedingungen gelten. Man dürfe als Stadt auch kein Geld verlieren. Er wolle dem Verwaltungsvorschlag zustimmen.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Stellungnahmen.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass die Vorlage von vier Fachbereichen erarbeitet worden sei und dass die Verwaltung es sich mit der Thematik nicht einfach gemacht habe. Man habe sich lange überlegt, wie man möglichst günstigen Wohnraum schaffen könne. Die Verwaltung habe sich hierbei große Mühe gegeben. Im Weiteren verweist er auf den Beschluss über die städtischen Energiestandards. Es gelten die städtischen Standards, diese werden jedoch nicht weiter erhöht. Die Einhaltung dieser Standards bedürfe es auch für die Förderung. Man müsse überdies bei der Forderung nach Schaffung von Wohnraum für Familien mit Kindern berücksichtigen, dass der Ausbau der Schlossbergschule, der Kindertagesstätten in Haagen sowie der Bau von Spielplätzen ebenfalls finanziell gestemmt werden müsse.

Fachbereichsleiterin Buchauer erklärt, dass mit den Grundstücken rund um den Anger im Baugebiet Belist etwa 60 Prozent der für Geschosswohnungsbau vorgesehenen Wohnungen unter die Sozialklausel fallen. Die vorgesehenen Durchschnittsmieten lägen hier auf einem niedrigen Niveau. Die Kriterien in Weil besäßen indes nur für Einfamilienwohnhäuser Geltung. Es sei von der Verwaltung geprüft worden, welche Sozialkriterien juristisch durchsetzbar seien. Man dürfe beispielsweise nicht anhand der Herkunft vergeben. Auch Personen von außerhalb Lörrachs könnten einen Anspruch geltend machen.

Stadträtin Kurfeß sagt, dass es vorliegend nur um wenige Plätze gehe, dass aber auch die Außenwirkung entscheidend sei. Die Stadt habe bei der Planung des Baugebiets Belist einen großen Fehler gemacht. Man habe eine zu geringe Dichte und eine zu geringe Geschosshöhe vorgesehen. Dafür habe man nun wiederum eine hohe Zahl an Stellplätzen festgelegt. Nun müsse man die städtische Wohnbaugesellschaft regelrecht darum bitten sich in dem Baugebiet zu engagieren. Sie halte das Agieren der Verwaltung für „kalt-schnäuzig“. Die Bauplätze zum Höchstgebot zu verkaufen sei nicht richtig. In anderen Kommunen, beispielsweise in Münster, werde anders vorgegangen. Sie frage sich wovor Lörrach Angst habe. Sie bittet darum über die Beschlussziffern 1 bis 3 getrennt abzustimmen.

Stadtrat Koesler zeigt sich über die Vergabekriterien der Stadt Weil am Rhein verwundert. Er vermisse das Kriterium „Einkommen“. Die Kriterien „Anzahl Kinder“ und „Vereinsmitgliedschaften“ halte er für kritisch. Es gehe vorliegend nicht um Mietwohnungsbau, sondern um Grundstücksverkäufe für zahlungskräftige „Häuslebauer“. Als Hauptkriterium bei der Vergabe müsse auf jeden Fall das „Einkommen“ herangezogen werden.

Stadträtin Rufer findet es schade, dass die Ergebnisse der Diskussion im Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales nicht noch einmal aufgegriffen wurden. Sie bemängelt die Transparenz bei der Vergabe der Grundstücke. Die Vorlage enthalte eine Schiefelage. Es brauche im Wesentlichen soziale Kriterien wie beispielsweise die Familiengröße oder Wohngemeinschaften. Des Weiteren könne zwar nicht die Herkunft, wohl aber die Ortsansässigkeit beurteilt werden. Wenn man die Vergabe auf die Anzahl von Kindern ausrichte werde nicht willkürlich vergeben. Auch sie spreche sich für Vergabekriterien wie in Weil am Rhein oder Münster aus.

Der Vorsitzende erkenne in dem Handeln der Verwaltung keine „Kaltschnäuzigkeit“. Die Stadt verzichte auf wichtige Einnahmen und die Stadt bereichere sich auch nicht. Rund 60 Prozent der Wohnungen seien sozial verträglich. Für andere Baugebiete würden natürlich andere Vergabekriterien gelten.

Stadträtin Krämer mahnt an, dass man vorliegend nur über die Vergabekriterien, nicht aber über mögliche Stellplatzzahlen abstimme.

Der Gemeinderat fasst sodann bei 16 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich den folgenden Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat stimmt den folgenden besonderen Vergabekriterien für unbebaute städtische Wohnbaugrundstücke im Baugebiet „Belist“ in Lörrach-Haagen zu:

1. Die Einfamilienhausgrundstücke (Einzel-, Doppel- und Reihenhäuser) werden gemäß den unter Ziffer I beschriebenen Kriterien veräußert.
2. Die Mehrfamilienhausgrundstücke (Baublöcke 2 bis 5), die zur Errichtung von Eigentumswohnungen verkauft werden, sind zum Höchstgebot, mindestens aber zum angepassten Bodenrichtwert (inkl. Geschossflächenzahl = GFZ), entsprechend den unter Punkt II.1 in der Vorlage beschriebenen Kriterien zu veräußern.

3. Die Mehrfamilienhausgrundstücke (Baublock 1), die zur Errichtung von Mietwohnungen verkauft werden, sind zum angepassten Bodenrichtwert zu veräußern. Hierbei ist das Berechnungsmodell der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses der Stadt Lörrach zugrunde zu legen. Für die Vergabe müssen die unter Punkt II.2 genannten Kriterien erfüllt sein.

TOP 10

Strategische Mobilitätsplanung - weiteres Vorgehen

Vorlage: 235/2017

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und verweist auf die Vorberatung im Hauptausschuss.

Stadtrat Escher bedauert die beiden erfolglosen Ausschreibungsverfahren für die Einstellung eines/r städtischen Verkehrsplaners/in. Er spricht sich dafür aus, dass die politischen Vertreter bereits frühzeitig in die Kriterienfindung sowie die Auswahl der Büros eingebunden werden sollten. Des Weiteren macht er deutlich, dass die Stadt dennoch einen eigenen Verkehrsplaner benötige und erneut ausschreiben möge.

Auch Stadträtin Cyperrek spricht sich gegen einen Stillstand und für die weitere Suche nach einem Verkehrsplaner aus. Die Verzahnung von Mobilität und Stadtplanung stelle eine Daueraufgabe dar. Zudem fordert sie eine breiter angelegte Bürgerbeteiligung, die bereits bei der Erarbeitung der Aufgabenstellung eingebunden werde. Die Ziele der strategischen Mobilitätsplanung sollten darüber hinaus dem Büro mitgegeben werden.

Stadtrat Wernthaler schließt sich an. Man müsse perspektivisch in Richtung klimaneutrale Kommune denken und einen umweltfreundlichen und sozialverträglichen Verkehr anstreben.

Stadtrat Claassen sieht die Einbindung eines neutralen, externen Büros als Chance. Im Leitbild und Masterplan seien die Ziele bereits vorgegeben. Er nimmt vorweg, dass er dem anschließenden Beschluss zur IVK nicht zustimmen werde und erwartet Machbarkeitsstudien zu verschiedensten Themenstellungen im Verkehrsbereich.

Der Vorsitzende geht auf die Wortmeldungen ein. Es sei in Ordnung, dass unterschiedliche Ideen vorhanden seien, gleichwohl solle man auf Grundlage des vorliegenden Konzeptvorschlags erstmals den dargelegten Weg bestreiten. Es müssten gemeinsam mit Politik und Bürgerschaft Lösungen gefunden werden.

Von Stadtrat Koesler wird bezweifelt, dass der Weg zielführend sei. Es werde immer verschiedene Interessengruppen und Ansichten geben. Es bedürfe eines städtischen Verkehrsplaners. Er verstehe nicht, warum nochmals eine Erarbeitung der Grobaufgabenstellung geboten sei, da bereits alles vorliege.

Stadträtin Kurfeß hält es für einen guten Tag, wenn trotz der verschiedenen Sichtweisen dem Beschlussvorschlag gefolgt werde.

Hierauf fasst der Gemeinderat mehrheitlich bei 1 Gegenstimme folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt dem Vorschlag zu, ein externes Büro mit der Erarbeitung eines Konzeptes zur Strategischen Mobilitätsplanung zu beauftragen.
2. Die Kosten von insgesamt 150.000 € werden genehmigt
3. Die Mittel sind in den Haushaltsjahren 2018 und 2019 zur Verfügung zu stellen.

TOP 11

Antrag der CDU Stadtratsfraktion zur Fortführung der Projektkommission Integrierte Verkehrskonzeption (IVK)

Vorlage: 230/2017

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Stadtrat Escher begründet den gestellten Antrag. Die Intention der IVK sei gewesen, mehr Transparenz bei verkehrlichen Maßnahmen zu schaffen. Als die Kommission noch getagt habe, sei dies mehr erfolgt.

Stadträtin Cyperrek teilt hingegen mit, dass sich die IVK nicht mehr bewährt habe. Teils seien die Diskussionen lang gewesen oder der Ausschuss bzw. Gemeinderat den Vorschlägen nicht gefolgt. Die SPD-Fraktion würde die Kommission nicht vermissen, da diese auch kein Ersatz für eine umfassende Bürgerbeteiligung oder mehr Transparenz bei verkehrsrechtlichen Anordnungen darstelle. So sollten vielmehr Informationen öffentlich und rechtzeitig im Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales erfolgen.

Stadtrat Wernthaler erklärt, dass die Grünen-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Er geht auf das ursprüngliche Anliegen bei der Gründung der IVK ein. Verkehrsrechtliche Anordnungen seien hierbei kein Thema gewesen. Vorbildliche Bürgerbeteiligung sei seiner Ansicht nach bei der Leitbild-Erstellung und dem Masterplan Mobilität umgesetzt worden.

Stadtrat Claassen merkt an, dass er als Vertreter der BI Schrankenlos an der IVK teilgenommen habe, deren Arbeit jedoch ineffizient und ineffektiv gewesen sei. Der Antrag sowie der Beschlussvorschlag seien gut. Auf seine Nachfrage geht der Vorsitzende auf die Überlegungen für das Begleitgremium zum Prozess der Strategischen Mobilitätsplanung ein.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić ergänzt, dass das Begleitgremium als Schnittstelle und Multiplikator zu verstehen sei. Über die konkrete Zusammensetzung müsse man sich aber noch detailliert Gedanken machen. Neben dem Einbezug von Interessengruppen sei

auch der Einbezug von Bevölkerungsgruppen, wie den von Kindern und Jugendlichen oder Senioren, wichtig zu beachten.

Abschließend äußert sich Stadtrat Escher nochmals zur ursprünglichen Intention der IVK.

Hierauf fasst der Gemeinderat mehrheitlich bei 8 Gegenstimmen folgenden Beschluss:

1. Der Einbeziehung der IVK bei straßenverkehrsrechtlichen Anordnungen / Belangen wird nicht zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zu Beginn des Prozesses der Strategischen Verkehrsplanung einen Vorschlag für die Einrichtung eines Begleitgremiums und den Einbezug der Bürgerschaft zu unterbreiten.

TOP 12

Maßnahmenerstellung aus den Kulturleitlinien Lörrach

Vorlage: 234/2017

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Alle Fraktionen äußern sich zustimmend zu dem Vorhaben.

Stadträtin Höfler erkundigt sich nach den Kulturexperten und Stadtrat Schlecht hält eine breite Aufstellung des Kulturforums für gut.

Stadtrat Wernthaler findet die Kulturleitlinien für sehr allgemein gehalten. Er wisse nicht, wo die Reise hingehen solle. Ihm seien bspw. Nachhaltigkeit und Verteilungsgerechtigkeit im Kulturbereich sowie einfache und nachvollziehbare Förderkriterien wichtig.

Stellv. Fachbereichsleiterin Raupp geht auf die Wortmeldungen ein. So seien Vertreter aus verschiedenen Kultureinrichtungen als Kulturexperten denkbar. Der begonnene, extern begleitete Prozess solle in dieser Weise weitergeführt werden.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung eines Prozess zur Findung der Maßnahmen, die sich aus den Kulturleitlinien ergeben.
2. Der Gemeinderat genehmigt die für die Durchführung des Prozesses notwendigen zusätzlichen Mittel in Höhe von 5.000,- Euro.

TOP 13

Mitgliedschaft slowUp Basel-Dreiland

Vorlage: 220/2017

Der Vorsitzende führt in den Tagesordnungspunkt ein und verweist auf die Bedeutung für das Stadtmarketing sowie die trinationale Erlebbarkeit der slowUp-Veranstaltung.

Bürgermeister Dr. Wilke stellt fest, dass es im Rahmen der Haushaltskonsolidierung lediglich eine Überprüfung der städtischen Mitgliedschaften und keinen Beschluss gab, der die Begründung neuer Mitgliedschaften versage. Der slowUp sei ein grenzüberschreitendes Erlebnis und mache die Region fühlbar. Die Intention komme bei vielen Menschen an, so liege die Teilnehmerzahl bei ca. 40.000 bis 65.000 Personen, und es gebe viele positive Rückmeldungen. Er verweist auf einen aktuellen Leserbrief in der Presse und teilt mit, dass die Kosten der Werkhofleistungen bei der kürzeren Strecke bei 2.100 EUR und bei der diesjährigen größeren Strecke bei 4.400 EUR lagen. Alle deutschen Kommunen sollten sich mit einem Betrag von 3.000 EUR beteiligen. Der Beitrag ist nicht wie eine sonst übliche Mitgliedschaft, sondern als Zuschuss zu verstehen.

Stadträtin Krämer erklärt, dass die CDU-Fraktion hinter der Intention des slowUp stehe, aber angesichts der Haushaltskonsolidierung keine neuen Mitgliedschaften unterstütze. So sollte vielmehr nach einer Möglichkeit der Beteiligung der IG Velo gesucht werden.

Stadträtin Bachmann-Ade teilt mit, dass die SPD-Fraktion ebenfalls aufgrund der Einsparbeschlüsse die Mitgliedschaft ablehnen werde.

Von Stadträtin Salach wird darauf hingewiesen, dass der slowUp eine sehr wichtige Dreilandveranstaltung sei und eine große, über Lörrach hinausgehende Bedeutung habe.

Stadtrat Pichlhöfer spricht exemplarisch den Einsparbeschluss hinsichtlich der Weihnachtsbäume in den Ortsteilen an. Die Kosten für die weitere Teilnahme am slowUp seien doppelt so hoch und daher nicht mitzutragen.

Stadtrat Koesler hält den Beitrag hingegen für gerechtfertigt, angesichts des einzigartigen europäischen Events. Er versteht den slowUp zudem als Wirtschaftsförderung. Die Stadt mache sich lächerlich, sollte sie von einer weiteren Teilnahme absehen.

Stadträtin Cyperrek erklärt, dass sie die Argumente beider Seiten nachvollziehen könne. Sie verstehe den slowUp persönlich als kostenloses Volksfest. Auch aus Solidarität mit den anderen Kommunen spricht sie sich für die weitere Beteiligung Lörrachs aus.

Von Stadtrat Escher wird nochmals dargestellt, dass die CDU-Fraktion ebenfalls hinter der Veranstaltung, aber nicht hinter einer neuen Mitgliedschaft stehe. Die Beschlussvorlage sei insofern nachteilig formuliert. So hätte eine Unterstützung des slowUp für weitere zwei Jahre auch vorgeschlagen werden können.

Der Vorsitzende bestätigt, dass der Vorschlag zur Mitgliedschaft unglücklich gewesen sei. Er könne sich ebenfalls eine weitere Unterstützung für zunächst zwei Jahre mit jeweils

3.000 EUR vorstellen. Er schlägt die Umformulierung des Beschlussvorschlages zum Projektzuschuss vor.

Stadtrat Lindemer kritisiert grundsätzlich, dass sich die öffentliche Hand an derartigen Ereignissen beteiligen müsse. Er regt eine Sammlung unter den Teilnehmer an.

Stadtrat Schlecht verweist auf die beschlossenen Sparbeschlüsse, die in vielen Bereichen und in ähnlichen Höhen getroffen worden seien. Aus diesen Gründen lehne er die Vorlage ab. Die Mittel von 3.000 EUR sollten aus dem Fachbereichsbudget bestritten werden.

Stadtrat Claassen schließt sich dem an. Sodann könne man dem Ansinnen folgen.

Der Vorsitzende merkt an, dass entsprechend der Vorlage die Mittel im Budget des Fachbereichs Straßen/Verkehr/Sicherheit zur Verfügung stehen. Für die nächsten beiden Jahre sei daher die Beteiligung der Stadt Lörrach gesichert. Es könne auf eine Mitgliedschaft verzichtet werden.

Dem Vorgehen kann der Gemeinderat folgen und fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadt Lörrach unterstützt den slowUp Basel-Dreiland für weitere zwei Jahre mit einem jährlichen Zuschuss von 3.000 EUR.

TOP 14

Bebauungsplan und Örtliche Bauvorschriften "Hugenmatt IV - Gewerbe"

- Bericht zu bisherigen Beteiligungsverfahren

- Beschluss zur erneuten Offenlage gemäß § 3 Absatz 2 und § 4 Absatz 2 BauGB

Vorlage: 212/2017

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor. Er stellt dar, dass es um die Ansiedlung eines Logistikzentrums der bereits ansässigen Fa. Tally Weijl gehe. Der Firma sei diese Option bereits in der Vergangenheit signalisiert worden und sie schaffe neue Arbeitsplätze. Er verweist auf die nachgelieferten Informationen zum Unternehmen. Gleichwohl wolle man die einhergehende verkehrliche Belastung nicht schön reden.

Stellv. Fachbereichsleiter Haasis stellt die Festsetzungen des Bebauungsplans vor.

Alle Fraktionen signalisieren ihre Zustimmung und bedanken sich für die nachgelieferten Informationen und die Arbeit von Frau Ziegler-Jung.

Stadträtin Herzog berichtet, dass im Ortschaftsrat Brombach insbesondere die Gebäudehöhe zu Bedenken geführt habe.

In diesem Zusammenhang bringt Stadträtin Cyperrek an, dass ggf. die Vergabekriterien der Gewerbegrundstücke für Erweiterungen nachzubessern seien.

Sodann fasst der Gemeinderat einstimmig bei 1 Enthaltung folgenden Beschluss:

1. Vom Bericht über die bisherigen Beteiligungsverfahren wird Kenntnis genommen. Die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen erfolgt entsprechend den tabellarischen Aufstellungen in Anlage 6 der Vorlage.
2. Dem vorliegenden Offenlageentwurf zum Bebauungsplan und den Örtlichen Bauvorschriften „Hugenmatt IV – Gewerbe“ wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die erneute Offenlage und Trägerbeteiligung gemäß §§ 3 Absatz 2, 4 Absatz 2 und 4 a Absatz 3 BauGB erneut durchzuführen.

TOP 15

Neue Variante Stadtbuslinie 8

Vorlage: 090a/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein. Die Fragen hinsichtlich anderer Möglichkeiten der Anbindung von Tüllingen und des Hünerbergs sei dahingehend zu beantworten, dass man zu einem vertretbaren Preis keine anderen Möglichkeiten finde. Man habe nun die Einführung eines halbstündigen Taktes auf den Tüllinger und die Anbindung des Hünerbergs erreicht. Dies stelle eine große Chance für den ÖPNV dar. Er bittet um die Zustimmung zur Einrichtung eines zweijährigen Probebetriebs. Die neue Linie müsse sich zunächst etablieren. Tüllingen erhalte durch die neue Linie auch einen direkten Anschluss an die S-Bahn. Auch für Tüllingen ergebe sich dadurch eine große Chance.

Stadtrat Glattacker erklärt, dass ihm die Mehrkosten von rund 18.000,00 Euro zu viel seien. Er sei auch dafür den Nahverkehr zu stärken, jedoch müssten die Angebote auch angenommen werden. Die Busse auf den Tüllinger und zurück seien nicht ausgelastet. Ebenso gebe es Verkehrsprobleme bei der Anfahrt der Busse. Er würde befürworten den Probebetrieb der Busfahrten auf ein Jahr zu beschränken. Er wolle zudem monatlich Zahlen zur Auslastung der Busse vorgelegt bekommen. Wenn die Fahrten dauerhaft nicht angenommen werden müsse von dem Angebot abgelassen werden. Er vermisse den Mut der Verwaltung zu einem wirklich großen Schritt, wie beispielsweise durch die Einführung des von der Fraktion der SPD geforderten City-Tarifs.

Stadtrat Bernnat gibt an, dass auch er die Stärkung des ÖPNV befürworte. Der City-Tarif wäre eine gute Möglichkeit gewesen den ÖPNV über den Preis attraktiv zu gestalten. Der halbstündige Takt sei für Tüllingen jedoch nicht notwendig. Vor einigen Jahren habe man den Zwei-Stunden-Takt auf einen Stundentakt umgestellt. Die Nachfrage sei dadurch jedoch nicht gestiegen. Die Fraktion der SPD wolle der Vorlage zustimmen. Es brauche jedoch nicht monatlich berichtet werden, sondern halb- oder vierteljährlich. Nach einem Jahr müsse der Probebetrieb evaluiert werden. Man dürfe die Haushaltskonsolidierung nicht aus dem Blick verlieren.

Stadtrat Wernthaler gibt an, dass die Fraktion der Grünen der Vorlage zustimmen wolle, sich jedoch für einen Probelauf von zwei Jahren ausspreche. Der Anschluss von Tüllingen an die Regio-S-Bahn sei sehr wichtig und ein Erfolg für die Stadt. Der Busverkehr in Lörrach müsse attraktiv gestaltet werden. Stau- und Verkehrsprobleme müssten behoben werden. Ebenso müssten auch die Haltestellen attraktiver gestaltet werden.

Stadtrat Claassen vertritt die Meinung, dass man den Probebetrieb über zwei, besser noch über drei Jahre hinweg durchführen sollte. Er wolle wissen, was man noch machen könne um die neue Buslinie noch intensiver ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken. Er fragt, wie die Verwaltung das Potential der Nachfrage auf dem Tüllinger einschätze. Die Fraktion der Freien Wähler werde in der Angelegenheit unterschiedlich abstimmen. Die SPD-Forderung nach einem Kurzstreckentarif ging der Fraktion der Freien Wähler zu weit und war auch zu teuer.

Eigenbetriebsleiter Droll führt aus, dass am Abend das Anrufsammeltaxi für Fahrten nach Tüllingen bereit stehe. Er sehe Potential, jedoch brauche es Geduld. Die neuen Buslinien müssten erst etabliert werden. Eine Probezeit von drei Jahren sei besser, man solle jedoch bei mindestens zwei Jahren bleiben. Die Verwaltung werde regelmäßig berichten.

Es erfolgt eine weitere Aussprache und in deren Anschluss fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Die Stadtwerke werden beauftragt, die Stadtbuslinie 8 - wie in der Anlage dargestellt – ab Juni 2018 zunächst für einen 2-jährigen Probebetrieb zu erweitern und die dafür erforderlichen Mittel in den Wirtschaftsplan 2018 einzustellen.

TOP 16

Kanalсанierung Innenstadt BA II + III, Entwurfsplanung und Kostenberechnung Vorlage: 172/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Entwurfsplanung und der Kostenberechnung für die Bauabschnitte II und III zu.

TOP 17

Hochwasserschutz Soormattbach Bypass Einlaufrechen Verdolung Standort Hochwasserrückhaltebecken Vorlage: 194/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Bürgermeister Dr. Wilke verweist auf die Vorberatung im Ausschuss und erklärt, dass man in der Sache nun eine gute Lösung gefunden habe. Die entsprechenden Bereiche hätten in der Angelegenheit mit Hochdruck gearbeitet.

Stadtrat Kiefer wolle der Vorlage zustimmen und freut sich über die kostengünstige Lösung.

Stadtrat Schlecht zeigt sich erfreut über die schnelle und effektive Lösung. Die Zeit schlafloser Nächte bei schweren Regenfällen sei nun vorbei. Die eingesetzten Rechen würden ihren Sinn und Zweck erfüllen. Die Fraktion der SPD wolle der Vorlage zustimmen.

Stadträtin Salach hebt hervor, dass sie über den im Vergleich zur ursprünglichen Planung deutlich geringeren Eingriff in die Natur erfreut sei. Sie wolle der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Denzer wolle der Vorlage zustimmen. Eine hundertprozentige Sicherheit vor Hochwassern werde es seiner Meinung aber nie geben.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Die Planung und Kostenberechnung des Bypasses zum Einlaufrechen der Verdolung des Soormattbaches wird genehmigt.
2. Dem Standort des neuen Hochwasserrückhaltebeckens im Gewann Siegrist Äckerlin wird zugestimmt.
3. Die Mittel für den Bau des neuen, kleineren Hochwasserrückhaltebeckens sind in den Entwurf des Haushaltsplans 2018 einzustellen.

Nach der Beschlussfassung führt Bürgermeister Dr. Wilke aus, dass es am vergangenen Sonntag einen großen Einsatz der Feuerwehren im Landkreis gegeben habe. Er wolle an dieser Stelle allen beteiligten Helfern, unter anderem auch Fachbereichsleiter Dullisch, für deren unermüdlichen Einsatz zur Verhinderung eines schlimmeren Hochwassers danken.

TOP 18

Ableitung Schwarzgraben

- Aufdimensionierung des Regenwasserkanals in der Markgrafenstraße

Vorlage: 208/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der Entwurfsplanung und Kostenberechnung über 650.000 € werden zugestimmt.
2. Der Gemeinderat beschließt die notwendigen Mittel über 600.000 € im Haushalt 2018 bereitzustellen und eventuell dieses Jahr anfallende Ausgaben als überplanmäßige Auslagen zu begleichen.

TOP 19

Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und sonstigen Zuwendungen gemäß § 78 Abs. 4 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg

Vorlage: 246/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Annahme bzw. Vermittlung der dargestellten Spenden wird zugestimmt.

TOP 20

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

20.1 Verschiebung Gemeinderatssitzung

Der Vorsitzende führt aus, dass die Sitzung des Gemeinderats am 25. Oktober 2018 auf den 23. Oktober 2018 verschoben werde.

20.2 Balkenhol-Skulptur

Der Vorsitzende verweist auf die wiederaufgestellte Balkenhol-Skulptur, die ab Freitag, 17. November, 14.00 Uhr wieder zu sehen sei.

TOP 21

Allgemeine Anfragen

21.1 Bericht Anschlussunterbringung

Stadtrat Escher bittet die Verwaltung um einen zeitnahen Bericht zur Thematik Anschlussunterbringung von Flüchtlingen. Er wolle wissen, welche Entwicklungen künftig abzusehen seien, gerade auch in Bezug auf die Verlagerung des Standortes der Unterbringung minderjähriger ausländischer Flüchtlinge von Brombach nach Schopfheim-Wiechs. Die Stadt müsse ein Konzept vorlegen, auch im Hinblick auf dringliche Baulichkeiten.

Der Vorsitzende gibt an, dass die Verwaltung hierzu bald berichten wolle.

21.2 Sachstand Postareal

Stadtrat Escher erklärt, dass der Gemeinderat in wichtigen Prozessen hinsichtlich der Entwicklung des Postareals nicht eingebunden gewesen sei. Er hoffe und gehe davon aus, dass der Baustellenverkehr auf kürzestem Wege zur Baustelle gelange. Dies sei der Bevölkerung sehr wichtig.

Der Vorsitzende gibt an, dass die Verwaltung auch hierzu bald berichten wolle.

21.3 Friedhofsentwicklungsplanung

Stadtrat Pichlhöfer wolle wissen, wann der Gemeinderat mit einem Bericht der Verwaltung zur Friedhofsentwicklungsplanung rechnen könne.

Der Vorsitzende verweist auf die Behandlung der Thematik in der nichtöffentlichen Sondersitzung des Gemeinderates am 5. Dezember 2017.

21.4 SPD-Antrag Mobilitätskonzept Rathaus

Stadtrat Cyperrek gibt an, dass der Vorstand hinsichtlich ihres Antrags zur Erstellung eines Mobilitätskonzeptes für die Mitarbeiter des Rathauses angekündigt habe die Thematik nicht im Rat behandeln zu wollen, da es sich hierbei um eine verwaltungsinterne Angelegenheit handelt. Diese Auffassung könne sie nicht teilen. Beim Landratsamt sei ein solches Mobilitätskonzept durch den Kreistag verabschiedet worden. Durch das Konzept werde eine Strahlkraft nach außen erzielt und zudem werde im Antrag auch gefordert, Unternehmen für ein solches Konzept zu gewinnen. Sie bittet daher um Behandlung des Antrags im Gemeinderat.

21.5 Abholzung Bäume Römerstraße

Stadträtin Salach wolle wissen, ob die Abholzung der Fichten in der Römerstraße kommuniziert worden sei und wenn ja, wo und wie kommuniziert wurde.

Fachbereichsleiterin Buchauer erklärt, dass man die Fichten im Rahmen einer Ausgleichsmaßnahme für das Neubaugebiet Belist durch Eichen ersetzen werde. Bereits im September sei in einer entsprechenden Pressemitteilung auf dieses Vorgehen hingewiesen worden. Die Verwaltung wolle zeitnah nochmals eine weitere Pressemitteilung zu der Thematik herausgeben.

TOP 22

Fragestunde der Einwohner/innen

keine

TOP 23

Offenlegungen

Der Gemeinderat nimmt von nachstehenden Offenlegungen Kenntnis:

- 23.1 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Stadt Lörrach am 19. Oktober 2017
- 23.2 Schreiben des Ministeriums für Soziales und Integration vom 24. Oktober 2017 zur Juryentscheidung über den Ideenwettbewerb zur Strategie „Quartier 2020 – Gemeinsam.Gestalten.“
- 23.3 Stellungnahme des Fachbereichs Zentrale Dienste und Ratsarbeit vom 6. November 2017 auf Anfrage von Stadtrat Escher hinsichtlich der Veröffentlichung nicht-öffentlicher Sitzungsprotokolle

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:
gez. Lutz

Urkundspersonen:
gez. Bachmann-Ade / Denzer

Schriftführung:
gez. Heinze / Ockenfuß